

Solidaritätspakt zur Krisenbewältigung

Auszug aus dem SONDERMEMORANDUM zur Corona-Krise als Ergänzung zum MEMORANDUM 2020

20. April 2020

Eurobonds bzw. Corona-Bonds

Die EU-Staaten begeben gemeinsame Anleihen, für die sie auch gemeinschaftlich haften. Damit lassen sich auch große Summen zu günstigen Konditionen bei einer breit aufgeteilten Haftung mobilisieren. Schließlich ist gerade in der Krise die Nachfrage nach sicheren Anleihen sehr groß. Eurobonds sind eine alte Forderung der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, die rechtlichen Hürden zur Umsetzung sind allerdings hoch, weil dafür neben dem einstimmigen Beschluss des Europäischen Rats eine Änderung des Vertrags von Lissabon notwendig ist.

Eine besondere Form sind Corona-Bonds, die nur einmalig und nur zweckgebunden zur Finanzierung der Krisenlasten eingesetzt werden. Dadurch sind die rechtlichen Hürden deutlich geringer. Frankreich hat das Instrument unter der Bezeichnung Corona-Bonds als Forderung in die Debatte eingebracht. Darum ist ein heftiger Konflikt entbrannt. Die meisten Staaten unterstützen den Vorschlag. Einige, vor allem die Niederlande und Deutschland, sind jedoch massiv dagegen. Sie wollen nicht für andere Staaten haften. Die niederländische Regierung ging so weit, in einer Krise, in der Tausende Italienerinnen und Italiener, Spanierinnen und Spanier sterben, mit dem Argument des „moral hazard“ gemeinsame Finanzierungsmöglichkeiten abzulehnen. Der internationale Aufschrei war gewaltig.

Solidarität bedeutet, dass die Stärkeren für die Schwächeren mit einstehen. Wenn das nicht einmal in dieser schweren Krise gelingt, stellt sich die Legitimationsfrage für die EU. Zumal, anders als zu Zeiten der Finanzkrise, niemand Vorwürfe erheben kann wegen eines angeblich schuldhaften Verhaltens. Was angesichts dessen überhaupt nicht akzeptabel wäre, sind Zahlungen, die an neoliberale Auflagen gebunden sind.

Es waren gerade die Programme der EU, die viele Staaten vor allem in Südeuropa gezwungen haben, ihre Staatsausgaben zu senken und damit auch die Gesundheitssysteme massiv zu demontieren. Ohne diese Sparprogramme wären die Opferzahlen in vielen Ländern heute sicherlich kleiner.

Rettungsprogramme für die europäische Ökonomie sind aber nicht nur eine Hilfe für andere. Das trifft gerade für Deutschland zu. **Die wirtschaftliche Vernetzung ist so weit gediehen, dass es eine Notwendigkeit für alle ist.** Die Fabriken in Deutschland stehen nicht nur still, weil sie derzeit keine Absatzmärkte haben oder ihren Beschäftigten sonst die Ansteckung droht. Sie stehen vor allem auch deshalb still, weil sie keine Vorleistungsteile mehr bekommen. Eine schnelle Erholung von der Krise ist überhaupt nur denkbar, wenn sie annähernd synchron in allen wichtigen Ländern der EU erfolgt. Im Übrigen zeigt diese Krise, wie anfällig das System weit gestreuter Produktionsnetzwerke ist. Die vielfältigen eingeleiteten Maßnahmen auf der europäischen Ebene sind positiv zu bewerten. Für die Stützung der Unternehmen und der Beschäftigten in der Zeit des Shutdown und für eine schnelle konjunkturelle Normalisierung danach braucht es erhebliche Mittel.

In vielen Erklärungen wurde auf die legendären Worte von Mario Draghi Bezug genommen: Es werde alles getan, „whatever it takes“. Doch wenn die stärkste Waffe bei der Finanzierung der Krisenbekämpfung ungenutzt bleibt, wird eben nicht alles getan. **Gemeinschaftlich aufgelegte Anleihen sind zwingend notwendig, um eine finanzielle Überforderung einiger EU-Staaten zu verhindern.**

Es braucht aber langfristig weit mehr als das, um ein ökonomisches Auseinanderdriften der Eurozone und den weiteren Verfall der Legitimation des europäischen Projekts zu verhindern. Dieses Auseinanderdriften ist der unzureichenden Konstruktion der Währungsunion geschuldet und findet seit längerem statt, erhält durch die Corona-Krise aber einen neuen, gefährlichen Schub.

Wie im MEMORANDUM 2017 beschrieben, ist ein europäisches Schuldenmanagement mithilfe von Eurobonds nur eine von sieben Säulen einer zukunftsfähigen Währungsunion – neben einem europäischen Investitionsprogramm, einer Ausgleichsunion, Finanzmarkt- und Steuerreformen, einer koordinierten Makropolitik und einer europaweiten Demokratisierung der Wirtschaft.

Hoffnungsvoll stimmt, dass sich die spanische und italienische Regierung stärker als bisher gegen die Staaten des alten DM-Blocks stellen. Besonders wichtig ist aber, welche die neun Staaten waren, die am 25. März einen Brief zugunsten der Corona-Bonds versandten: Irland, Portugal, Slowenien, Luxemburg, Belgien, Griechenland, Spanien, Italien und vor allem Frankreich. Diese Länder machen mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts und der Bevölkerung der EU aus. Sie umfassen außerdem vier der sechs Gründungsmitglieder der EG.

Der Verhandlungsprozess dauert an. Nach aktuellem Stand gibt es ein europäisches Hilfspaket mit Krediten im Volumen von gut einer halben Billion Euro. Es setzt sich zusammen aus 240 Milliarden Euro aus dem ESM mit weichen Konditionen, 200 Milliarden Euro von der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Unternehmen und 100 Milliarden Euro aus dem Sure-Programm für Kurzarbeitergeld.

Das Volumen des Programms reicht längst nicht aus; die Forderung nach Eurobonds hat nichts von seiner Dringlichkeit verloren. **Italien hat bereits angekündigt, nicht auf die Mittel des ESM zurückgreifen zu wollen. Das ist nur folgerichtig: Die ESM-Mittel erhöhen die Verschuldungsquote Italiens. Wenn dann nach der Krise der Stabilitätspakt wieder greift, drohen Italien harte, sanktionsbewehrte Sparvorgaben, bis es seine Verschuldung auf unter 60 Prozent der Wirtschaftsleistung gedrückt hat.** Nur eine gemeinsame Verschuldung über Corona-Bonds kann dies verhindern.

Die Sprengkraft, die von der Corona-Krise für die Währungsunion und die Europäische Union ausgeht, spielt in der öffentlichen Wahrnehmung hierzulande kaum eine Rolle. Italien hat wie alle anderen Euroländer eine eigenständige Geld- und Währungspolitik mit seinem Beitritt zur Eurozone aufgegeben, und die Fesseln für die Fiskalpolitik wurden in der vergangenen Dekade verstärkt. Das Land weist seit vielen Jahren ein sehr schwaches Wirtschaftswachstum unterbrochen von Krisen auf, mit entsprechenden Folgen für Beschäftigung und Schuldenstand. Wenn nun, wie im reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehen, Länder mit einem Schuldenstand von über 60 Prozent des BIP diesen innerhalb von 20 Jahren auf diesen Schwellenwert zurückführen müssen, lief dies für Italien mit einem Schuldenstand von 135 Prozent des BIP schon vor der Corona-Krise auf eine harte Austeritätspolitik hinaus.

Entsprechend wecken die Haltung der deutschen, niederländischen und anderen Regierungen, nun weiter an den in der Eurokrise geschaffenen Mechanismen festzuhalten und neue Instrumente der Solidarität wie Euro- oder Corona-Bonds zurückzuweisen, zu Recht Erinnerungen an die in der

Eurokrise in Südeuropa erlittenen Demütigungen und Verarmungsprozesse hervor. Dies ist zugleich Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten und nimmt das Risiko des Zerfalls der Währungsunion und der EU in Kauf.

Bei der gemeinsamen Bekämpfung der Corona-Krise muss Europa auch in finanzieller Hinsicht (z. B. durch befristete Corona-Bonds) die oft vermisste Solidarität zeigen. Keinesfalls darf die Corona-Krise zum Anlass genommen werden, deren ohnehin katastrophale ökonomische Folgen für einzelne Länder durch unzumutbare Auflagen noch mehr zu verschärfen.

Es gibt auch in Deutschland breite Initiativen für die Einführung von gemeinschaftlichen Anleihen. In einem Aufruf verschiedener, auch konservativer Ökonominnen und Ökonomen (FAZ.net vom 21.03.2020) werden Gemeinschaftsanleihen über eine Billion Euro gefordert. Spekulationswellen gegen einzelne Staaten, die zu steigenden Zinsspreads führen und damit in den Staatsbankrott treiben, wären nicht mehr möglich. Die Eurozone würde krisenfester und robuster werden. Davon werden alle ökonomisch profitieren. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* schließt sich hier einem anderen Aufruf von 550 europäischen Ökonominnen und Ökonomen an (Financial Times vom 23.03.2020), in dem es heißt: „Now is time for action. Now is the time for solidarity. It is time for Eurobonds.“